

Editorial

Wahrscheinlich war das Estrel-Convention-Center in Berlin-Neukölln genau der richtige Ort. Ob nun die Beatles, Elvis Presley oder Frank Sinatra – verstorbene Stars finden dort noch eine Bühne, wenn die Originale längst unter der Erde liegen. Da ist es nur folgerichtig, wenn sich am Vorabend des 17. Juni die ostdeutsche PDS mit westdeutschen Altlinken gerade im Estrel zusammengetan hat, um eine ganz neue vereinigte Partei zu gründen, die alsbald die Systemfrage stellen will, wie der Co-Vorsitzende Lothar Bisky ankündigte. Damals bei der SED hieß das noch – weniger vernebelt – Machtfrage. Und die wollte die alte Einheitspartei immer für sich entscheiden. Es kam anders. Vom Pommer Hans Modrow bis zum Saarländer Oskar Lafontaine hatte sich Mitte Juni eine Herrenrunde präsentiert, der die Parallelen zu den Altvorderen der SED offenbar gar nicht auffiel. War der Gründungsparteitag der Partei „Die Linke“ eine Show der großen Illusionen wie die allabendliche Wiederauferstehung von Abba am selben Ort? Trugbilder sind es allemal. Nebelkerzen, Spiegelungen und perfekte Verstellung sind nicht nur Elemente gekonnter Bühnenshows, sondern gehören auch zum Standardarsenal der Propaganda. Trugbilder und ihre Wirkungen sind der Schwerpunkt dieses Heftes.

Sicher wird man von der neuen Alt-Partei auch bald wieder hören, daß es mit der Chancengleichheit im Bildungswesen hierzulande nicht so gut bestellt ist wie in der untergegangenen DDR. Da habe im Reich der Bildungsministerin Margot Honecker der Sohn des LPG-Bauern neben der Tochter der Ärztin auf der Universität studiert, ganz im Sinne des humanistischen Ideals. Allein, die Wirklichkeit sah anders aus. Die Chancengleichheit im Bildungswesen zählt zu den zählebigeren Verklärungen des Arbeiter- und Bauernstaates. Ingrid Miethe räumt mit diesem Mythos auf. Anders als in den Parteitagsreden wurde den SED-Oberen nämlich sehr bald klar, daß Arbeiterkinder mit Hochschulabschluß keineswegs die stabileren Stützen der sozialistischen Gesellschaft sein würden als die Kinder der alten bürgerlichen Eliten. Bildungsministerin Margot Honecker verbreitete noch in den letzten Wochen ihrer Herrschaft die Illusion vom gleichen Recht auf Bildung. Was für eine Täuschung.

Wenn es um ihr Geschichtsbild ging, nahm es die SED selten besonders genau. In die Frühphase der NS-Herrschaft fällt die „Köpenicker Blutwoche“. Im Juni 1933 ließ der Köpenicker SA-Mob seinem Haß auf Kommunisten, Sozialdemokraten, Konservative und Juden freien Raum. Den Exzessen fielen mehr als ein Dutzend Menschen zum Opfer, zahlreiche andere überlebten die SA-Prügelorgien mit schwersten Verletzungen. Die Ost-Berliner Staatsanwaltschaft bezifferte 1950 die Zahl der Toten auf über siebzig, als sie einen Schauprozeß gegen Beteiligte an dem SA-Terror anstrebte. Walter Ulbricht selbst sprach später sogar von über neunzig Toten. So grausam jeder einzelne Mord auch war, die Terroraktion in Köpenick ist anders verlaufen, als dies SED-Propaganda und SED-Juristen 1950 unisono verkündeten. Günter G. Flicks Beitrag belegt, wie Ost-Berliner Staatsanwälte die Köpenicker SA-Verbrechen aufgebauscht haben, damit die Richter die vorher bereits von der SED festgelegten Todesurteile auch fällen konnten. Mitverantwortlich für diese Todesurteile war der damals frisch gebackene junge Hilfsstaatsanwalt Carlos Foth, der bis in die achtziger Jahre hinein nebenbei als Kampagnenspezialist gegen „Nazis im Bonner Dienst“ tätig war und sich heute noch gelegentlich als hochbetagter Zeitzeuge der PDS zur Verfügung stellt, um über die gute Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der DDR zu fabulieren. Dieser furchtbare Jurist nahm sich sofort nach der Überführung des Ost-Berliner Archivgutes

ins Berliner Landesarchiv intensiv der damaligen Prozeßakten an, aus denen auf rätselhafte Weise Beweismaterial verschwunden ist, wie unser Autor bei seinen Recherchen feststellte. Staatsanwalt Foth beteiligte sich in den sechziger Jahren auch an der Denunziationskampagne gegen Heinrich Lübke sowie an der Hilfsaktion für die Prozeßführung des *Stern* gegen *Die Welt* und das *ZDF-Magazin* in den achtziger Jahren. Im Mittelpunkt des dritten Teils der „Lübke-Legende“ stehen die 1933 unter Vorwänden angestrebten Ermittlungen gegen den Zentrumsabgeordneten. Die SED-Propaganda stellte die 1934/35 erlittene zwanzigmonatige U-Haft Lübkes dreißig Jahre später unter Verschleierung des politischen Hintergrundes als gerechtfertigt dar. Des gleichen Argumentationsmusters bediente sich 1968 auch *Der Spiegel*.

Nicht nur die Ost-Berliner Kommunisten, auch ihre großen Vorbilder, die Bolschewiki, hielten ihre Gegner gern zum Narren. Ihnen sind viele auf den Leim gegangen, auch gutgläubige Diplomaten wie der damalige deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau, ein Verfechter des Vertrages von Rapallo und der Annäherung an Sowjetrußland. Obwohl Brockdorff-Rantzau sechs Jahre in Moskau wirkte, hat er die Strukturen des neuen sowjetischen Herrschaftssystems nie durchschaut. Immer wieder ließ er sich vom Außenkommissar Tschitscherin beruhigen, da er nicht erkannte, wie gering der Einfluß dieses Diplomaten auf den Gang der Dinge selbst war. Für Che Guevara galt das weder vor noch nach seiner Ministerzeit in Kuba. Er wurde in der westlichen und Dritten Welt nach seinem Tod zum Mythos. Guevaras Charisma entfaltete sich auch in der DDR. Freilich in eingehogter Form, denn solche Nebengötter konnte die SED-Führung nicht dulden. Stephan Lahrem untersucht in seinem Beitrag, auf welcher verdrucktesten Weise die Ost-Kommunisten sich ihres gefallenen kubanischen Genossen annahmen, dessen ebenfalls gefallene Kampfgefährtin Tamara Bunke ja recht eigentlich ein Kind der DDR war.

Über die „Heimatgefühle“ der deutschen Kommunisten im „sozialistischen Vaterland“ berichtet Horst Laude im zweiten Teil seines Beitrages. Während Hitlers Wehrmacht gegen Moskau marschierte, gerieten die KPD-Kader um Wilhelm Pieck gehörig unter Druck, mehr noch, sie gerieten in den Verdacht, daß ihnen das „deutsche“ Hemd näher war als die „kommunistische“ Jacke. Peter Erler trägt wertvolle Ergänzungen bei zu einem Beitrag von Wilhelm Mensing über die Auslieferungen deutscher Emigranten an das NS-Regime in Folge des Hitler-Stalin-Paktes. Einzelne, von ihm zusammengetragene Schicksale unterstützen Mensings Analyse, daß man in diesem Zusammenhang keineswegs von einer „Morgengabe“ Stalins an den neuen Verbündeten Hitler sprechen kann – auch wenn sich das in der Wahrnehmung einzelner Remigranten anders dargestellt hat.

Die Anfangsschwierigkeiten bei der Versorgung des Diplomatischen Corps in der DDR schildert Enrico Seewald. Im noch weithin kriegszerstörten Berlin war es 1950 nicht einfach, den Diplomaten der wenigen „befreundeten Länder“ das Leben erträglich zu machen, insbesondere wenn die Werktätigen registrierten, wie „bevorrechtete“ Diplomaten und frischgebackene Ministergattinnen auf HO-Einkaufstour gingen. Doch das waren für die Berliner Arbeiter, die angeblichen Herren im neuen sozialistischen Haus, keine Trugbilder, sondern ein Affront. Als Affront empfanden viele DDR-Bürgerrechtler schon 1992 die Einstellungspraxis in der Gauck-Behörde. Dort geisterten von Anfang an zu viele Leute herum, die vorher regimetreu der SED als Stasi- und als Staatskader gedient hatten. An Zufall möchte Christian Booß da nicht glauben, genauso wenig wie Jürgen Fuchs, an dessen Recherchen Booß in seinem Beitrag erinnert.

i.A. Thomas Gerlach und Jochen Stadt